



Maternité féministes
Collectif de la Grève Féministe
Vaud

maternites.feministes.vd@protonmail.com



Groupe de travail care
Collectif de la Grève Féministe
Genève

greveducare@gmail.com



EKdM
Eidgenössische Kommission dini Mueter
Bern

mail@ekdm.ch

Bundesrat
Schweizerische Bundeskanzlei
Bundeshaus West
3003 Bern

Ort, Datum

Sehr geehrter Herr Bundespräsident,
Sehr geehrte Bundesrätinnen,
Sehr geehrte Bundesräte,

Wir, in der Schweiz lebende Mütter und unsere Verbündeten, haben die nationale Gleichstellungsstrategie 2030 zur Kenntnis genommen. Wir wollen glauben, dass der Bundesrat die aktuelle Gleichstellungssituation verbessern will, stellen jedoch fest, dass in der nationalen Strategie die konkreten Umsetzungsmassnahmen gänzlich fehlen. Kaum berücksichtigt wird zudem die bezahlte und unbezahlte Betreuungsarbeit (Haus-, Erziehungs- und Pflegearbeit), welche meist von Müttern und Frauen*¹ geleistet wird. Das ist ein Hohn, denn diese Arbeit ist das Fundament unserer Gesellschaft und Wirtschaft.

Als politisch Verantwortliche ist es Ihre Pflicht, Massnahmen, Aktionspläne und konkrete Lösungen zu präsentieren. **Enttäuscht von Ihrer schwachen Gleichstellungsstrategie 2030, welche die Anliegen der Mütter gänzlich ignoriert, veröffentlichen wir hiermit unsere Forderungen. Wir fordern Sie damit auf, über greifbare und effektive Massnahmen endlich eine wirklich egalitäre und gerechte Gesellschaft zu ermöglichen.**

Ausreichende und bezahlbare Kinderbetreuung

Zahlreiche Studien haben den sozialen Nutzen einer öffentlichen und qualitativ hochstehenden Kinderbetreuung hinreichend belegt. Genügende und bezahlbare vor- und ausserschulische Betreuungseinrichtungen sind unverzichtbar für die Chancengleichheit von Kindern, aber auch für die Gleichstellung der Geschlechter. Über gute Betreuungsstrukturen wird den aktuellen Diskriminierungen von Müttern am Arbeitsplatz entgegengewirkt. Aber auch für den Zugang von Müttern zu einer Ausbildung, für ihre Beteiligung am politischen Leben sowie ganz generell für ihre Teilhabe am öffentlichen Leben sind gute Betreuungsstrukturen unverzichtbar. Wir stellen jedoch fest, dass die Versorgungslage von Kanton zu Kanton sehr unterschiedlich geregelt ist. Das

¹ Frauen* bezieht sich folgend auf alle Personen, die sich unter der Bezeichnung «Frau» definieren oder definiert werden.

Rechtsgutachten von Pascal Mahon und Bathsheba Huruy zeigt deutlich, dass die Verfassung den Bund dazu ermächtigt, in diesem Bereich Verantwortung zu übernehmen. Das Gutachten verweist auch darauf, dass eine stärkere Rolle des Bundes dazu beitragen würde, Ungleichheiten zwischen Müttern und Vätern zu beseitigen, insbesondere was die Situation der Frauen im Arbeitsmarkt betrifft. Zunehmend wird vormals unbezahlte Betreuungsarbeit an Frauen* in prekären Situationen ausgelagert. Deshalb fordern wir auch in der Kinderbetreuung gute Arbeitsbedingungen und anständige Löhne. Bessere (und damit ordentlich finanzierte) öffentliche Betreuungsstrukturen würden auch hier Abhilfe schaffen. Wir fordern daher, dass der Bund seiner Verantwortung gerecht wird und diese Aufgabe endlich wahrnimmt.

Eine Elternzeit, welche ihren Namen verdient und ein echter Mutterschutz

Die Einführung des Vaterschaftsurlaubs hat die Debatte über die Elternzeit neu entfacht und wir begrüßen dies sehr. Andererseits bedauern wir, dass die aktuellen Vorschläge für eine Elternzeit weder die konkreten Erfahrungen und Bedürfnisse der Mütter noch die aktuelle gesellschaftliche Vielfalt von Mutterschaft berücksichtigen. Wir fordern, dass allen, die ein Kind aufziehen, unabhängig von ihrer Familienform eine zeitlich ausgedehnte Elternzeit gewährt wird. Alle Menschen sollen das Anrecht haben, als Bezugspersonen die frühe Kindheit in geschütztem Rahmen und finanziell abgesichert miterleben zu können. Wir fordern auch einen Kündigungsschutz für Mütter, ein Recht auf die Reduktion des Beschäftigungsgrads nach dem Mutterschutz sowie ein Recht, die Reduktion des Beschäftigungsgrads wieder rückgängig zu machen. Diese Massnahmen würden auch Ungleichheiten zwischen Erziehungsberechtigten verringern.

Die Anerkennung der Mutterschaft und die Reduzierung der bezahlten Arbeitszeit für alle

Es besteht die dringende Notwendigkeit, den sozialen und wirtschaftlichen Wert der meist unentgeltlich geleisteten Sorgearbeit (d.h. aller für die Reproduktion unseres Lebens wesentlichen Tätigkeiten) anzuerkennen. Wir wollen konkrete und realistische Vorschläge, wie die Verantwortung für diese Arbeit gleichmäßig zwischen den verschiedenen Erziehungsberechtigten, aber auch auf breiterer gesellschaftlicher Ebene, geteilt werden kann. Mütter sollen nicht mehr allein für die Bürger*innen von morgen verantwortlich sein! Es ist zudem notwendig, die Gesamtarbeitszeit zu reduzieren, damit diese familiäre und soziale Arbeit auch geleistet werden kann.

Ein faires Rentensystem

Die Renten von Müttern sind unzureichend. Dies ist ein Hohn, denn Mütter leisten einen unverzichtbaren Beitrag für die Zukunft unserer Gesellschaft. Wir schließen uns allen feministischen und gewerkschaftlichen Organisationen an, die seit Monaten gegen das Projekt AHV 21 mobil machen. Das Schweizer Rentensystem passt nicht zu den heutigen Lebensrealitäten.

Schon zwei Jahre!

Im Jahr 2019 wurde das Feministische- und Frauenstreik-Manifest veröffentlicht. Es ist eine Bestandesaufnahme der anhaltenden Ungleichheit, des Sexismus und der Gewalt gegen Frauen* in unserem Land. Das Manifest enthält eine Reihe von Vorschlägen zu deren Beseitigung. Wir Mütter sind Expertinnen in dieser Sache und sind auch bereit, uns für die Umsetzung der von uns geforderten konkreten Massnahmen einzusetzen. **Es ist an der Zeit, aktiv zu werden. Es bedarf nun konkreter Massnahmen, damit die unverzichtbare Arbeit der Mütter, welche unsere Gesellschaft trägt, endlich anerkannt und angemessen gewürdigt wird.**

Unterschrift